

GROSSER RAT

GR.20.120

VORSTOSS

Postulat Maya Bally Frehner, CVP, Henschiken (Sprecherin), Colette Basler, SP, Zeihen, Simona Brizzi, SP, Ennetbaden, Ruth Müri, Grüne, Baden, Therese Dietiker, EVP, Aarau, Jürg Baur, CVP, Brugg, Kathrin Hasler, SVP, Hellikon, Dominik Peter, GLP, Bremgarten, Sabine Sutter-Suter, CVP, Lenzburg, Lucia Ambühl-Riedo, FDP, Sarmenstorf, Sabina Freiermuth, FDP, Zofingen, vom 12. Mai 2020 betreffend Ursachenabklärung zum Anstieg von Neuaufträgen und Langzeitfällen beim Schulpsychologischen Dienst SPD

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, Zusammenhänge und Ursachen zu analysieren, die verantwortlich sind für den markanten Anstieg von Neuaufträgen beim Schulpsychologischen Dienst (SPD). Ebenso soll analysiert werden, warum die Fälle in Bearbeitung und die Langzeitfälle wie auch die Komplexität der Fälle steigend sind. Bei der Analyse soll das Gesamtsystem miteinbezogen werden, u. a. Zuweisungsabläufe, Qualifikation der Lehr- und Fachpersonen, Zusammenhang zur Sonderschulquote und VM-Bedarf an der Regelschule. Als Ergebnis soll dem Grossen Rat ein differenzierter Bericht/Studie vorgelegt werden, der auf Ursache und Wirkungszusammenhänge detailliert eingeht und entsprechende Massnahmen aufzeigt.

Begründung:

Im Jahresbericht 2019 sind beim Ziel 310Z008 (Eine altersgemässe individuelle Entwicklung und die Förderung der psychischen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler werden durch sinnvolle Problemlösungsvorschläge unterstützt) wieder beunruhigende Veränderungen gegenüber der Vorjahresperiode feststellbar. Es ist erneut ein markanter Anstieg von Neuaufträgen beim Schulpsychologischen Dienst zur Kenntnis zu nehmen. Auch der Anstieg bei den sich in Bearbeitung befindlichen Fällen sowie der Langzeitfälle ist erheblich. Das gleiche Bild zeigte sich schon im Vergleich zwischen 2017 und 2018 und teilweise bereits seit 2016. Ebenso fällt auf, dass dennoch erneut tiefer budgetiert wurde, d.h. die Veränderung gegenüber Budget ist noch exorbitanter.

Die Begründung im Zusammenhang mit den Zahlen im Jahresbericht ist oberflächlich und wenig differenziert und sie basiert lediglich auf nicht belegten Annahmen.

Klar ist, dass der Schüleranstieg prozentual viel geringer ist wie der Anstieg der Neuanmeldungen beim SPD. Der Anstieg der Schülerzahlen gemäss Jahresbericht 2019 im Vergleich zum Vorjahr war 1.3 %, jener bei den Neuanmeldungen jedoch 7.6 %. Bei den sich in Arbeit befindlichen Fällen sprechen wir von 2.2 % bei den Langzeitfällen von 9.2 %. Die Veränderungen von 2017 zu 2018 in diesen drei Bereichen betragen + 2.7 % (Neuanmeldungen), + 7.3 % (in Bearbeitung) und + 10.5 % (Langzeitfälle), dies bei einem Schüleranstieg von 1 %.

Was eine allfällige Überlastung von anderen Abklärungsstellen anbelangt als mögliche Ursache für die Erhöhung beim SPD, da stellt sich die Frage, ob diese ebenfalls durch eine steigende Anzahl von Fällen oder durch fehlende Fachkräfte verursacht ist. Die steigende Komplexität der Fälle wäre mit fehlenden Fachkräften bei anderen Abklärungsstellen jedoch nicht begründet.

Der Anstieg beim Bedarf an VM-Lektionen der vergangenen Jahre scheint unter diesen Umständen und im erwähnten Kontext logisch. Als Gegenmittel wurde der Anstieg dieser zusätzlichen Unterstützung für die Regelschulen nach oben begrenzt, was aber nichts an der Anzahl abzuklärender Fälle ändert oder Schlüsse über die Ursache der steigender Anzahl Fälle ziehen lässt.

Die gleiche Problematik wie oben erwähnt, gilt auch für die seit ein paar Jahren monierte zu hohe Sonderschulquote im Aargau. Auch hier fehlt eine differenzierte Analyse bzw. Studie. Die zu hohe Sonderschulquote betreffe gemäss Informationen lediglich kognitiv beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler, nichtsdestotrotz diene es dem Gesamtsystem, eine fundierte Analyse durchzuführen. Das Angebot einfach gegen oben zu plafonieren, ohne Kenntnis der Ursachen, ist nicht zweckdienlich.

Die PostulantInnen vertreten die Haltung, bei Schulpsychologischen Fällen Ursachenforschung angezeigt ist, damit auch entsprechende wirksame Massnahmen eingeleitet werden können. Weitergehend müssten aber ebenso Analysen beim Unterstützungsbedarf an den Volksschulen und bei der Sonderschulquote stattfinden. Ohne eine Ursachenklärung wird es schwierig, den Hebel am richtigen Ort anzusetzen. Aus diesem Grund ist der Regierungsrat gebeten, eine fundierte Klärung der Zusammenhänge und Ursachen für den Anstieg der Fälle und deren Komplexität zu veranlassen und einen differenzierten Bericht/Studie mit entsprechenden Massnahmen vorzulegen.

Mitunterzeichnet von 16 Ratsmitgliedern